

Service-Citoyen-Initiative

Abstimmung 30. November 2025

- › Die Volksinitiative «**Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)**» wurde im Oktober 2023 eingereicht.
- › Eingereicht wurde sie vom Verein «Service Citoyen», welcher von GLP, EVP, Piratenpartei, Junge Mitte und weiteren Organisationen unterstützt wird.

Inhalt der Vorlage

In Kürze

- › Die Initiative sieht vor, dass jede Person mit Schweizer Bürgerrecht **«einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt»** leistet.
- › Dieser Dienst würde als Militärdienst oder in Form eines anderen gleichwertigen und gesetzlich anerkannten Milizdienstes geleistet.
- › Dieser Dienst hätte folgende Auswirkungen:
 - › Einführung der Dienstpflicht für Frauen
 - › Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Arten von Diensten

Argumente dafür

Service-citoyen

- › Durch den Bürgerdienst lösen sich die Personalsorgen bei Armee, Zivilschutz und Zivildienst. Die Schweiz wird resilienter in allen Krisenlagen.
- › Es gibt eine Grundsatzdiskussion über die Einführung einer Dienstpflicht für Frauen, was zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau beitragen würde.

Argumente dagegen

Service-citoyen

- › **NEIN zu einem allgemeinen Zwangsdienst:** Die Dienstpflicht soll weiter auf Armee und Zivilschutz beschränken (Kernaufgaben des Staats; keine Konflikte mit dem Verbot von Zwangsarbeit)
- › **NEIN zur massiven Konkurrenzierung des regulären Arbeitsmarkts:** Gewährleistung der Arbeitsmarktneutralität und Verhindern von Crowding-Out sowie einer Fehlallokation von qualifizierten Arbeitskräften.
- › **NEIN zu höheren Kosten:** Verdoppelung der Kosten für Erwerbsersatz, Sold und Versicherungen
- › **NEIN zur Gefährdung der Dienstpflichtgerechtigkeit:** Mit einer Wahlfreiheit könnten Armee und Zivilschutz nicht über ausreichend Personal verfügen.

Parlament sagt Nein

FDP sagt Nein

Schlussabstimmung im Nationalrat

- › 18 Ja ; 173 Nein ; 6 Enthaltungen
- › FDP: 22 Nein (4 Enthaltungen)

Schlussabstimmung im Ständerat

- › 8 Ja ; 34 Nein ; 1 Enthaltung
- › FDP: 8 Nein (2 Ja)

Auch der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung ohne Gegenvorschlag.

